



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 50 Pfennig, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 20. bis 26. Februar 1916 ist die Beitragsmarke in das mit 8 bezzeichnete Feld des Mitgliederbuches zu kleben.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als sonst versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Angriffstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden, verschiedentlich mußten sich die Arbeiter gegen eine beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriffstreiks und 7 Abwehrstreiks. Nun liegt auch die Statistik über die der Generalkommission angeschlossenen Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 entstanden, an denen 1095 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren 5 Angriffstreiks, 9 Abwehrstreiks und 2 Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen von zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Mitin ist die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten 5 Kriegsmonaten erheblich größer, als sie durch die eine oder andere Statistik ausgewiesen ist. Nur 2 von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen könnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerbegruppe, auch von der amtlichen Feststellung erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik aus Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein Angriffstreik erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streikstatistik, die sich einseitig auf die Betreibungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann.

Da im Jahre 1914 in der Hauptsache nur 7 Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe in Betracht kommen, so stehen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Ergebnissen der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Berichtsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angängig.

Es fanden insgesamt statt 4866 Bewegungen ohne und mit Arbeitsseinstellung, an denen 363 040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 weist dagegen 9972 Bewegungen mit 1 214 528 Beteiligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 5355 Orte und wurden da-

von 26 248 Betrieben mit 603 420 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 3460 mit 204 935 Beteiligten erfolgreich, 843 mit 100 253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55 991 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297 600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50 827 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 139 186 Stunden pro Woche und für 195 293 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 360 818 M. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102 496 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23 721 Stunden und für 29 274 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 78 833 M. pro Woche. Für 30 492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2972 Stunden, 1298 eine Lohnkürzung von insgesamt 4391 Mark pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Tarifverträge wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146 307 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betrugen 4 907 877 M. Von den 4866 Bewegungen wurden 3457 = 71 Proz. mit 266 359 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2650 mit 160 075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 83 303 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22 981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um eine Angriffs- und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung. In 1409 Fällen = 29 Proz. kam es zu Arbeitsseinstellungen, von denen insgesamt 96 681 Personen, darunter 14 179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 Proz. Angriffstreiks, 517 = 36,7 Proz. Abwehrstreiks und 116 = 8,2 Proz. Aussperrungen. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bezw. 3,4 Proz. erhöhte, ging der der Aussperrungen von 16,4 auf 8,2 Proz. zurück. Von den an der Arbeitsseinstellung beteiligten Personen kamen 38 946 auf die Angriffstreiks, 29 823 auf die Abwehrstreiks und 27 912 auf die Aussperrungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Aussperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Proz. mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 Proz. mit 16 950 Beteiligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 Proz. mit 33 010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 Proz. derselben erfolglos blieben, während 63,8 Proz. erfolgreich und 16,6 Prozent teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgedroht werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichsten Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erfor-

berten die Kämpfe eine Ausgabe von 4 738 473 M. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Baugewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15 325 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Aussperrung war ein Angriffstreik in Forst. Die Aussperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolglosen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Steinseher in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erheblichste Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenen Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 24 760 Stunden pro Woche, für 33 362 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 73 857 Mark pro Woche und für 21 257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12 338 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 29 938 M. pro Woche und für 17 760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25 454 Personen.

Der Krieg hat manche Anschauungen über den Haufen geworfen und insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen, ihren Bestrebungen, ihrer Fürsorge für die Notleidenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit, Anerkennung von fast allen Kreisen in der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fortbestehen. Der Ausweg dieser Gegensätze muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Opfern sich vollziehen, als es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Koalitionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung unbedingt erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, so müssen sich die Gewerkschaften diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

Für den Kleinwohnungsbau.

Die Generalkommission hat unter dem 14. Januar dieses Jahres dem preussischen Abgeordnetenhaus folgende Petition betreffend den Kleinwohnungsbau unterbreitet:

„Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gestattet sich die Aufmerksamkeit der

Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die voraussichtliche Gestaltung der Wohnungsverhältnisse nach dem Kriege zu lenken.

Welches auch immer der Ausgang des Krieges sein mag, soviel steht fest, daß aller Wahrscheinlichkeit nach besonders in den Industriezentren die Wohnungsnot einen ungeahnten Umfang annehmen wird. War schon bisher fast überall ein Mangel an kleinen, teilsweise auch an mittleren Wohnungen zu verzeichnen, so wird dieser Mangel durch zwei Umstände noch gesteigert werden: einmal werden zahllose Familien, die ihres Ernährers beraubt oder wirtschaftlich geschädigt sind, um die Kosten ihrer Lebenshaltung herabzumindern, ihr Wohnbedürfnis auf das allernotwendigste Maß einschränken, und zweitens werden nicht wenige frühere Bewohner des platten Landes dem Drange zur Abwanderung in die Städte Folge leisten. Ueber diese Auffassung herrscht zwischen allen Sachverständigen Uebereinstimmung. So schreibt Stadtbaurat a. D. Fritz Weuster: wir hätten keine stichhaltigen Gründe anzunehmen, „daß etwa eine Rückwanderung von den Großstädten auf das Land nach dem Kriege in einem solchen Umfang einsetze wird, daß dadurch der großstädtische Kleinwohnungsmarkt eine nennenswerte Entlastung erfährt. Im Gegenteil sprechen eine Reihe von Gründen dafür, daß wir nach dem Kriege mit einer verstärkten Nachfrage nach Kleinwohnungen in den Großstädten zu rechnen haben werden: Die allgemeine wirtschaftliche Schwächung drängt in die Kleinwohnungen, ein Anschwellen der Zahl der Eheschließungen ist erfahrungsmäßig nach dem Kriege zu erwarten, der Zustrom aus den bedrohten Grenzprovinzen, zurückkehrender Auslandsdeutscher u. ab entlassener Krieger geht in erster Linie in die Großstädte. Wenn daher nicht auf neuen Wegen eine kräftige Vermehrung der Kleinwohnungen mit größter Schnelligkeit herbeigeführt wird, so werden wir nach menschlicher Voraussicht, wie nach dem Kriege 1870/71, so auch nach diesem Kriege, mit einer heftigen Kleinwohnungsnot zu rechnen haben mit allem ihrem Wohnungselend infolge Ueberfüllung der Wohnungen und Zusammendrängung auch in unge-

jündesten Quartieren. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Krieger in überfüllte und überbeuerte Wohnungen zurückkehren sollen, dann müssen wir uns zu einer schnellen und durchgreifenden Aktion entschließen.“*)

Man darf weiter nicht außer acht lassen, daß der Nachfrage nach kleinen Wohnungen das entsprechende Angebot schon um deswillen nicht gegenübersteht, weil bei der zu erwartenden starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentlichen und Industriebedürfnisse Geld nach dem Kriege zunächst für den Baumarkt nur zu unerträglich hohen Sätzen zur Verfügung stehen wird. Die Folge davon wird ein vorläufiges Verlagen der Privatunternehmungen auf dem Kleinwohnungsmarkt und eine ungeheure Arbeitslosigkeit aller Angehörigen der baugewerblichen Berufe sein, die ihre Rückwirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben äußern muß.

Diese Umstände drängen zu einer schleunigen Abhilfe. In Anerkennung dieser Tatsache hat ja auch das Abgeordnetenhaus bereits in seiner letzten Tagung einstimmig an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, noch während des Krieges Vorbereitungen zur Errichtung öffentlich-rechtlicher Anstalten für den städtischen Realcredit zu treffen, damit diese Kreditanstalten alsbald nach Beendigung des Krieges ihre Tätigkeit beginnen können, und ferner hat es die Regierung um die Einbringung eines Gesetzesentwurfs ersucht, durch den insbesondere der Bau von Kleinwohnungen zur Verhütung sozialer Mißstände und Hebung des Baugewerbes gefördert wird.

Obwohl die Zustände von Tag zu Tag unhaltbarer werden, hat die Regierung auf diese Entschlüsse des Abgeordnetenhauses bisher nichts veranlaßt.

In der Erkenntnis, daß es die höchste Zeit ist, nicht nur Vorkehrungen gegen die zu erwartende Wohnungsnot, sondern auch gegen die drohende Arbeitslosigkeit auf dem Baumarkte zu ergreifen, richtet die Generalkommission der Ge-

*) Städtische Siedlungspolitik nach dem Kriege. Berlin 1915.

werkschaften, als Vertreterin von über 2% Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, nummehr die dringende Bitte an das Abgeordnetenhaus, aufs neue bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß sie

1. un verzüglich den Entwurf eines Gesetzes einbringt, das Vorschriften über Baugelände, Baupolizei und Benutzung der Gebäude enthält, eine umfassende Wohnungsaufsicht vorschreibt, sowie die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zu gemeinnützigen Zwecken vorzieht;
2. daß sie das Kleinwohnungsweesen durch Vergabe von Darlehen zu mäßigem Zinsfuß an Gemeinden, Gemeindeverbände, Baugenossenschaften usw., sowie an private Arbeitgeber und Bauunternehmer fördert, die sich unter Einhaltung der Grundsätze der Gemeinnützigkeit zur Errichtung von Kleinwohnungen mit Hilfe dieser Darlehen verpflichten.

Durch diese Maßnahmen glauben wir ebenso zur Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen und der mit der Wohnungsnot verbundenen städtischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahren, wie zur Hebung des Baugewerbes beizutragen.

Für notwendig halten wir ferner eine staatliche Unterstützung solcher Gemeinden, welche den Kriegsteilnehmern bezw. den betreffenden Hausbesitzern Mietbeiträge gewährt haben und weiter gewähren, sowie eine Staatsbeihilfe für die Abbüdung der während des Krieges gestundeten Mieten bezw. Hypothekenzinsen der heimkehrenden bedürftigen oder schwach bemittelten Krieger, unter Mitwirkung der Gemeinde.

Viele preussische Gemeinden haben in Form von Mietunterstützungen an die Angehörigen von Kriegerfamilien große Lasten auf sich genommen, die ihnen erleichtern zu helfen ebenso eine Ehrenpflicht des Staates ist wie die Unterstützung der heimkehrenden Krieger zur Abbüdung ihrer während des Krieges entstandenen Mietschulden. Die meisten von ihnen werden auf Jahre hinaus von dieser Last bedrückt werden, wenn ihnen nicht sei-

Aus Industrie und Technik.

Von Richard Woldt.

Der Seekrieg im Wandel der Zeiten.

IK. Wenn wir die Schiffstabellen und Handbücher des heutigen Marinewesens studieren, bekommen wir eine Vorstellung davon, wie gewaltig alle modernen Staaten zur See gerüstet sind. Auch auf dem Meer ist es ein Loslassen titanischer gesteigerter Zerstörungskräfte geworden und der Seekrieg hat ebenso wie der Landkrieg und der Luftkrieg durch die fortschreitende Technik in den Kriegswaffen und den Kampfmethoden bedeutungsvolle Wandlungen erfahren.

Primitiv waren die Kampfmethoden des Seekrieges, als zur Fortbewegung des Schiffes noch keine anderen Hilfsmittel angewendet wurden wie Segel und Riemer. Neben dem Wind war der Mensch die wichtigste Kraftquelle.

Bei einem altgriechischen Kriegsschiff hatten die Ruderknechte zu beiden Seiten das Fahrzeug durch die Kraft ihrer Muskeln vorwärts zu rudern. Die Hauptwaffe war vorn an der Spitze des Schiffes, ein Bug, der mit Kupfer oder Eisen beschlagene Schwabel oder Sporn. Mit ihm wurde der Rammsstoß ausgeführt. Man versuchte mit dem Sporn gegen die Mitte des feindlichen Schiffes anzufahren und dasselbe durch einen wuchtigen Stoß zum Sinken zu bringen, oder aber die Riemer des Gegners zu zerbrechen. Als eigentliche Angriffswaffen kamen Geschosse zur Anwendung, die von der als Bogenschützen oder als Speerwerfer ausgebildeten Besatzung geworfen wurden. Schilde dienten zum Schutz der Ruderknechte. Solange es einem Schiff, die Beweglichkeit des angegriffenen Fahrzeuges durch einen erfolgreichen Rammsstoß lahm zu legen, so erfolgte der Entkampf, das Handgemenge, Mann gegen Mann.

Die Entwicklung dieser Fahrzeuge verläuft zunächst vorwiegend in der Richtung der Vermehrung der Ruderkraft. Da man bald in der Anordnung der Ruderer hintereinander an eine

Grenze kam (der Fünfszruderer, d. h. das Schiff mit zusammen 50 Ruderstellen, scheint nach den alten Abbildungen der größte Typ gewesen zu sein) führt der Kriegsschiffbau jener Zeit schließlich zur Anordnung von Rudern übereinander und nebeneinander. Es entstehen mehrreihige Ruderschiffe und zwar je nach der Reihen auf jeder Seite werden unterschieden:

Leteren Dreireihen-Schiffe,

Interen Vierreihen-Schiffe,

Perteren Fünfreihen-Schiffe.

Unabhängig von den Völkern des Mitteländischen Meeres hatten sich im hohen europäischen Norden Schiffbau und Schifffahrt entwickelt. Schon bereits im 8. Jahrhundert finden sich die Nachrichten von den Seeräubersfahrten der kühnen Wikinger und wertvolle Funde im Meer von Schleswig sowie in den Fjorden Norwegens geben uns über Form, Größe und Bauweise der Wikingerschiffe eingehenden Aufschluß.

Ein solcher Fund stellt einen Schiffskörper dar von 25 Meter Länge und 5 Meter Breite. Von 32 Rudern wird das Fahrzeug vorwärts bewegt. Die Bor- und Achtersteven, d. h. die Gerippbecken, die von unten nach vorn und hinten auslaufen, sind meist phantastisch geschmückt: vorn ein Drachentopf, hinten ein Drachenschwanz. Daher wurden die Wikingerfahrzeuge auch häufig Drachenschiffe genannt.

An der Seite wurden hier ebenso wie bei den altgriechischen Kriegsschiffen zum Schutz der Ruderer Schilde aufgestellt. Zum Lenken und Wendem des Schiffes wurde an der hinteren rechten Vorseite, dem Steuerbord, ein Steueruder angebracht. Außer der Zahl der Ruderer betrug die Besatzung der Wikingerschiffe 30-70 Mann. Im Allgemeinen scheinen die Wikingerschiffe ohne festes Verdeck gewesen zu sein, zuweilen war jedoch eine Hütte vorhanden oder das Schiff wurde mit einer Decke, einem Zeil überzogen. Die Historiker unterscheiden in der Wikingerzeit drei Perioden:

In der ersten Zeit werden die Wikingerfahrten planlos und ziellos nur der Beute wegen

unternommen. Die Fahrten gingen die heimische Küste entlang und grausam wurde geraubt und geplündert.

Der zweite Abschnitt dagegen zeigt uns die Normannen schon als gewiegte Strategen und frei von dem früheren Auf grausamer Wildheit. Jetzt treten sie ihre Fabriken mit größeren Flotten an, bauen an den Flußmündungen der Länder, die sie plündern, zu ihrer Deckung feste Türme und Schanzen. Von hier aus fahren sie auf ihren flachen Booten durch die Flüsse zum Raubzug hinauf, nur gegen schweres Lösegeld konnte der Landesherr sich den Abzug dieser ungebeten Gäste erkaufen.

In der dritten und letzten Periode treten die Normannen als Völkerwanderer mit großen Flotten von 100 bis 500 Schiffen auf. Sie lassen sich dauernd im eroberten Land nieder und unterhandeln als kriegsführende Macht mit Kaiser, König und Papi.

Die skandinavischen Schiffe bilden die Vorläufer der deutschen Hanse. Bekanntlich war die Hanse ein Bund deutscher Städte, der in seinen Anfängen bis in das 12. Jahrhundert hineinreicht und 5 Jahrhunderte überdauerte. Vorübergehend waren 90 Städte von Amsterdamm bis Reval, von den Küsten der Nord- und Ostsee bis nach Basel und Nowgorod in diesem Bund vereinigt. Das Kriegsschiff mußte den Handel schützen.

Von zwei Seiten wurde der wahrhafte Kaufmann bedrängt. Die Seeräuber machten die Ostsee und Nordsee unsicher und im Gesicht bei Helgoland im Jahre 1402 führten die Hanseschiffe jene siegreiche Schlacht gegen den in den Sagen der Wasserlante viel besungenen Seeräuber Klaus Störtebeker, der gefangen genommen und mit 70 seiner Kameraden enthauptet wurde.

Dann aber wurden die Hanseaten auch von den Königen und Fürsten bedrängt. Jedes kleine Land und Ländchen, das der reisende Kaufmann zu Schiff passieren wollte, forderte Zölle und Abgaben. Für die weltlichen und kirchlichen Machthaber waren das oft sehr wichtige Einnahmequellen, heißt es doch in einer alten Chronik:

tens der Allgemeinheit die Hilfe zuteil wird, auf die sie für die dem Vaterlande geleisteten Dienste mit Recht Anspruch erheben können.

Endlich halten wir es für notwendig, daß die geschäftlichen Faktoren mit allen Mitteln die Schaffung von städtischen Pfandbriefanstalten für zweite Hypotheken fördern. Wir denken uns solche Anstalten als gemeinnützige Einrichtungen mit Gemeinbürgerschaft aller Hausbesitzer. Gerade die Beschaffung zweiter Hypotheken wird nach dem Kriege ungeheurer Schwierigkeiten begegnen. Wenn zweite Hypotheken überhaupt von privater Seite gegeben werden, so wird der Zinsfuß in der Regel ein so hoher sein, daß schon allein dadurch die Wohnungsmieten ganz wesentlich verteuert werden müssen.

Unter Zurückdrängung unserer sonstigen weitergehenden Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung beschränken wir uns auf diese Punkte, die uns zurzeit als die dringendsten und notwendigsten erscheinen.

Ergebnis

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien."

Korrespondenzen.

Dresden. Feuerungs- und Kriegszulagen gewähren ihrem Hilfspersonal folgende Firmen: 10 Proz. auf den Wochenlohn seit Oktober 1915 die Firma Ad. Rau. Außerdem ist sie bemüht, durch Großkauf der notwendigen Rohmaterialien und Abgabe derselben zu Selbstkostenpreisen an ihre Arbeiter, deren wirtschaftliche Lage zu mildern; 2 Mark für männliche und 1 Mark für weibliche Personen pro Woche gewährt die Dresdner Neuesten Nachrichten seit 27. Oktober des vergangenen Jahres und einen einmaligen Feuerungszuschlag zu Weihnachten von 30 Mark für männliche und 20 Mark für weibliche die Dresdner Volkszeitung (Raben & Co.), nachdem seit Herbst 1915 die unter 30 Mark entlohnten Hilfspersonen bereits eine regelmäßige Zulage von 1 Mark erhalten hatten. An Zuwendungen für die Familien der Kriegsteilnehmer gewährt die Dresdner Volkszeitung 8 bis 10 Mark pro Woche und die beiden andern genannten Betriebe je

Der König und der Bischof teilen
Und Burg und Stadt und Stift und Dom
Wehr Zölle sind am Rhein als Meilen
Und Pfaff und Ritter sperrt den Strom.

Der Kaufmann mußte also wechthalt sein und so brachten die Städte in der Blütezeit der Hanse zum Schutze ihres Handels eine Flotte zusammen, mit der sie sogar mit großen Staaten Kriege führten.

Die Hansalotten besaßen ähnlich den skandinavischen Schiffen vorn und hinten kastellartige Erhöhungen, in denen anfangs Kapitulie, später Geschütze aufgestellt fanden. Als durch die Einführung eines festgelagerter Steuerwunders eine genügende Lenkbarkeit möglich war, wurden auch die Segelflächen stetig vergrößert.

In die Zeit des Aufblühens der Hanse fällt die Entwicklung der Seemacht der beiden Republiken Genua und Venedig. Besonders die venezianischen Schiffe, die sogenannten Galeeren, führten die Seeherrschaft im Mitteländischen Meer. Es waren Ruderschiffe bis zu 50 Meter Länge, die Remei besaßen eine Länge von 15 Meter und wurden meist von 5 Mann bedient. Außerdem führten die Galeeren zwei Masten mit Segel. Später kamen die Galeassen in Anwendung, Fahrzeuge mit größerer Takelage bis zu vier Masten mit größeren Segeln.

Im 14. Jahrhundert trat nun auch für den Seekrieg ein wichtiges Ereignis ein: Die Einführung der Feuerwaffen. Zwar nicht sofort, wie es landläufig manchmal dargestellt wird, verändern die Feuerwaffen die bisherige Kriegsführung, aber in dem Maße, wie es nun doch gelingt, Schiffsgeschütze zu bauen, die durch die Kraft des Pulvers zur Wirkung kamen, genügt die alten Formen der Seekriegsführung nicht mehr.

Zur Zeit der Normannen und auch die Seegesichte der Hanse waren Zusammensätze Schiff gegen Schiff. Es war eigentlich noch der primitive Nahkampf Mann gegen Mann. In einem Gemälde „Die Schlacht bei Golland“, von H. Wobert, wird dargestellt, wie in einem dichten

6 Mark für die Frau und 1 Mark für jedes Kind wöchentlich. Auch die Kriegsteilnehmer selbst werden des Oesteren mit Liebesgaben bedacht.

Rundschau.

Die internationalen Beziehungen der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe. Die Anbahnung internationaler Beziehungen erfolgte Mitte der 90er Jahre; der erste Kongress der Lithographen und Steinbruder fand 1896 in London statt, der eine internationale Verbindung mit dem Sitz in London schaffte. Auf den nachfolgenden internationalen Kongressen in Bern 1898, Paris 1900, Berlin 1902, Mailand 1904, Kopenhagen 1907, Amsterdam 1910 und Wien 1913 wurde diese Berufsinternationale, die inzwischen den Namen: „Internationaler Bund der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe“ erhalten hatte, immer weiter ausgebaut. Und jetzt gehören dem internationalen Bund folgende Landesorganisationen an: Graphtischer Verband für Brasilien, die Verbände der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Spanien und Ungarn. Mit den noch nicht angeschlossenen Vereinigungen der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe, die in den übrigen Ländern noch existieren, ist zwar die Verbindung noch etwas lose, doch besteht meist schon eine Aufnahmeverteilung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Länder und zum Teil ein gegenseitiger brieflicher Verkehr und Austausch der Verbandszeitungen. Die Leitung und Geschäftsführung des internationalen Bundes obliegt nach einem bestehenden Statut dem Sekretariat, das seit dem internationalen Kongress in Kopenhagen 1907 seinen Sitz in Berlin hat.

Als gutes Bindeglied, die internationalen Beziehungen zu fördern, hat sich das Mittellungsblatt „Bulletin“ erweisen, welches in drei Sprachen (deutsch, englisch und französisch) gedruckt wird. Es kommen darin die wichtigsten Angelegenheiten der einzelnen Landesorganisationen zum Ausdruck; es wird über Lohnbewegungen und sonstige Vorkommnisse berichtet. Auch wird alljährlich durch Fragebogen die Stärke und Leistungsfähigkeit der einzelnen Landesorganisationen ermittelt und das Ergebnis im „Bulletin“ veröffentlicht.

Annel die Schiffe ineinander gerammt sind. Der letzte Akt ist der Enterkampf. Die Besatzung erstickt ein feindliches Schiff, im Handgemenge fällt die Entscheidung, nachdem der Rammschiff das Schiff bewegungsunfähig gemacht hat.

Nun aber mit dem Aufkommen der Feuerwaffen schafft die Schiffskanonie bestimmte Formationen. Der Rammispori verliert als Waffe an Bedeutung. Auf dem Verdeck werden Geschütze aufgestellt, die ein Bugfeuer entfalten, d. h. vorausschießen. In dem Seegefecht von Lepanto im Jahre 1571, der größten Seeschlacht, die mit Galeeren ausgefochten wurde, führte der Admiral b'Autria seine Flotte halbmondförmig gegen den Feind und zerstreute ihn durch das von den Bugen der Galeeren kommende überlegene Geschützfeuer.

Ungefähr mit der Einführung der Pulvergeschütze fällt auch die Entstehung der Linienschiffe zusammen. England, das Mutterland der modernen Dreadnought, hat auch die ersten Großkampfschiffe, wie sie in der Seekriegsgeschichte überhaupt auftreten, gebaut. Im Jahre 1512 ist unter Heinrich VIII. von England der Zweidecker „Henri Grace de Dieu“ vollendet worden.

Das Schiff hatte ein Displacement von 1000 Tonnen. In zwei Reihen wurden im Rumpf 44 Kanonen, auf dem Oberdeck und den beiden kastellartigen Aufbauten 26 Geschütze aufgestellt. Am Heck, dem hintersten Teil des Schiffes, sind ebenfalls vier Geschützportien mit den schwersten Geschützen angeordnet.

Die Besatzung betrug 700 Mann, es handelt sich also für die damaligen Verhältnisse um ein Riesenschiff. Ueber die Bauweise des Schiffes, die Schiffsförmung und die Takelage sind genaue Zeichnungen nicht überliefert worden. Jard Schwarz, der auf dem Gebiet der historischen Marineforschungen eine Reihe sehr gediegener Arbeiten geschrieben hat, dessen Material auch hier vorwiegend verwendet wurde, ist der Ansicht, daß ein bekanntes Schiffsgemälde des jüngeren Holbein aus von dem „Henri Grace de Dieu“ eine zutreffende Vorstellung geben könne.

Vor einiger Zeit hat nun das Sekretariat an alle Landesorganisationen einen statistischen Fragebogen versandt, auf dem die Einwirkung des Krieges auf den Stand der einzelnen Verbände festgestellt werden sollte, und in einem weiteren Fragebogen wird, wie jedes Jahr üblich, der letzte Jahresbericht verlangt. Während von den meisten Landesverbänden die Fragebogen ausgefüllt an das Sekretariat eingesandt wurden, hat die französische Organisation dies nicht getan, sondern ein Rundschreiben versandt, in dem beantragt wird, das internationale Sekretariat in ein neutrales Land zu verlegen und die internationalen Jahresberichte während des Krieges nicht mehr erscheinen zu lassen. Beide Anträge hat das Sekretariat abgelehnt. Der Krieg wird als kein Hindernisgrund in der Veröffentlichung der Jahresberichte angesehen, im Gegenteil müsse gerade jetzt die Einwirkung des Krieges auf die einzelnen Verbände festgestellt und zur gegenseitigen Kenntnis gebracht werden. Und da die Mehrzahl der Landesorganisationen die Berichte eingesandt haben, soll deren Veröffentlichung in der nächsten Nummer des „Bulletin“ erfolgen. — Die beantragte Verlegung des internationalen Sekretariats mußte auf Grund statutarischer Bestimmungen abgelehnt werden. Denn es heißt im Statut: „Land und Ort, wo das Sekretariat seinen Sitz haben soll, werden vom Kongress bestimmt.“ Und einen solchen jetzt während der Kriegszeit einzuberufen, ist eine Unmöglichkeit. Ebenso kann die gewünschte Urabstimmung nicht erfolgen, da infolge des Krieges sich nur ein Teil der Organisationsmitglieder an der Abstimmung beteiligen könnte. — Nun haben auch die Vorstände einer Reihe von Landesorganisationen zu den französischen Anträgen Stellung genommen, denen sich aber nur der belgische Verband voll angeschlossen hat. Die spanische Organisation erklärte sich im Prinzip für die Verlegung des Sekretariats, fand sich aber, da das Statut der Verlegung entgegensteht, mit der Verlegung in Deutschland ab. Die Verbände von Deutschland, Norwegen, Oesterreich, Schweden und der Schweiz stellten sich voll auf den Standpunkt des internationalen Sekretariats. Der holländische Verband stimmte ebenfalls der Aufassung zu, daß über die Verlegung des Sekretariats nur ein internationaler Kongress entscheiden könne. Und die englische Organisation erklärte: Die Verlegung des Sekretariats müsse bis nach dem Kriege zur Erwägung zurückgestellt wer-

Bei diesem Schiff sahen wir die von nun an für das Linienschiff typisch gewordene Anordnung, daß, nicht nur die Spitze als Bugfeuer, das Achterdeck (Hinterdeck) als Heckfeuer armiert sind, sondern kriegerisch strecken die im Schiffsrumpf auf der Breitseite reihenweise aufgestellten Geschütze dem Feind ihre Feuerrohre entgegen. Es war der französische Schiffbauer Dacharge, der zuerst den Vorschlag machte, Geschützportien in die Außenbauten einzuschneiden und die Geschütze in der Breitseite aufzustellen.

Die weitere technische Entwicklung wird wieder in England an einem neuen Groß-Kriegsschiff demonstriert: Im Jahre 1637 entstand auf der Werft von Woolwich der Dreidecker „The Sovereign of the Seas“. Dieses Schiff hatte eine Länge von 70,7 Meter, eine Breite von 14,6 Meter. Die Höhe vom Kiel bis zur Spitze betrug 23 Meter. Die größte Laterne am Heck war freilich so groß, daß 10 Personen in derselben Platz fanden. 106 Geschütze sind an Bord und zwar heißt das Schiff ein Dreidecker, weil reihenweise drei Batterien übereinander liegen. 30 Kanonen und Halbkanonen stehen in der unteren Batterie, 30 Geschütze von kleinerem Kaliber und größerer Länge in der mittleren Batterie und 26 Geschütze auf der oberen Batterie. Dazu sind noch auf dem Oberdeck im Bug und Heck je 10 leichte Geschütze aufgestellt. Also auch hier schon das Bestreben, die entscheidende Kriegsfähigkeit des Schiffes durch die Schiffskanonien zu gestalten.

Freilich dürfen wir die Kriegsfähigkeit eines solchen Großschiffes nicht mit dem Kriegsriesen des 20. Jahrhunderts vergleichen, aber bemerkenswert bleibt die Tatsache doch, daß Englands Schiffbau für den Krieg schon frühzeitig darauf hindrängte, die Hauptkraft zur See in möglichst große Schiffeinheiten zusammenzuballen, mit viel und schweren Geschützen zu versehen und für die erfolgreiche Verwendung dieser neuer Kriegswaffen eine entsprechende Taktik und Strategie auszuarbeiten.

den. Der französische Antrag ist jetzt nicht durchführbar, da zur Zeit schwer ein neutrales Land für das Sekretariat gefunden werden kann.

Vom Deutschen Buchbinder-Verband. Wie alle graphischen Verbände, so wurde auch der Buchbinderverband durch den Krieg hart getroffen. In der letzten Augustwoche des Jahres 1914 waren von seinen 33 000 Mitgliedern, — davon ungefähr die Hälfte weibliche — rund 12 000 Mitglieder arbeitslos. Ungefähr 3000 Mitglieder waren zum Kriegsdienst eingezogen. Tausende mußten infolge des allgemeinen schlechten Geschäftsganges bei verkürzter Arbeitszeit und dementsprechenden verringerten Löhnen arbeiten. Der Verband sah sich daher genötigt, den größten Teil seiner Unterstützungen außer Kraft zu setzen und dafür eine sogenannte „Kriegsunterstützung“ für arbeitslose Mitglieder einzuführen. Nur die Invalidenunterstützung blieb vollständig aufrecht erhalten; die Hinterbliebenenunterstützung wurde zur Hälfte ausbezahlt. Nach und nach besserten sich die Verhältnisse, so daß am 1. Juli v. J. die Krankenunterstützung zu zwei Dritteln wieder in Kraft trat und die Arbeitslosenunterstützung fast in voller statistischer Höhe. Laut Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses gelangen nacheinander vom 1. Januar 1916 ab sämtliche Unterstützungen wieder voll zur Auszahlung, angesichts des Umstandes, daß nach dem ziemlich gleichbleibenden Stande der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten ein wesentliches Anschwellen derselben während der weiteren Dauer des Krieges wohl nicht mehr zu befürchten ist. — Ferner wurde auch eine Weihnachtsunterstützung für alle zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ausbezahlt. Bis zum 1. November waren 7714 eingezogen, von denen 398 als gefallen gemeldet waren. Alle zum Heere einberufenen Mitglieder, die wenigstens 52 Wochenbeiträge geleistet haben, erhielten aus Mitteln des Verbandes eine Weihnachtsunterstützung von je 5 Mark ausbezahlt. Die Gau- und Ortsverwaltungen haben außerdem diese Weihnachtspenden aus vorhandenen eigenen Mitteln oder durch örtliche Sammlungen nach Möglichkeit noch erhöht und auch denjenigen, die noch keine 52 Beiträge geleistet haben, eine Weihnachtsfreude bereitet. — Ferner erhielten auch die ausgesetzten arbeitslosen Mitglieder eine Weihnachtsunterstützung ausbezahlt. Dieselbe betrug ohne Rücksicht auf die Beitragsklasse, der die in Frage kommenden Mitglieder angehören, für männliche Mitglieder 5 M. und für weibliche Mitglieder 3 M.

Ein „selber“ Lügenfeldzug gegen die Volksfürsorge endgültig erledigt. Der in Schlesien wegen seiner strubbellosen Manieren sattem bekannte Sekretär des reichsdeutschen Bergarbeiterverbandes Niederschlesiens, Edmund Richter in Oberwaldburg, fühlte sich als Angestellter der von dem Kappischen Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten finanziell ausgehaltenen „nationalen“ Arbeiterorganisationen berufen, der Volksfürsorge in Schlesien das Fortkommen zu erschweren. Zu diesem Zweck verfaßte und verbreitete er Flugblätter für Arbeiter und Zirkulare für Arbeitgeber, worin er die frechtsten herabsetzenden Lügen zusammenstellte, um die Leser von der Volksfürsorge fernzuhalten und sie für die öffentlich-rechtliche Anstalt zu gewinnen. Weil gerade diese persönlich durch Richter gezeichneten Flugblätter eine Musterfammlung der größten Verleumdungen enthielten, die von den Gegnern der Volksfürsorge zu deren Bekämpfung erfunden wurden, suchte der Vorstand durch eine Klage auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Richter zum Beweise seiner Behauptungen oder zur Unterlassung derselben zu zwingen, nachdem dieser es abgelehnt hatte, in einer öffentlich abzugehenden Erklärung seine unwahren Behauptungen zurückzunehmen. Der erste Termin war auf den 28. November 1913 vor dem Amtsgericht in Waldburg (Schlesien) anberaumt. Nach Ueberwindung zahlreicher Hindernisse kam es nach sechsmonatiger Vertagung und verschiedenen Beweisverhandlungen am 22. Mai 1914 zu einem erstinstanzlichen Urteile, welches dem Antrage des Vorstandes der Volksfürsorge entsprechend, Richter zur Unterlassung seiner Unwahrheiten verurteilte.

Noch gab dieser jedoch seine Hoffnung auf gerichtlichen Schutz nicht auf. Er legte Berufung ein. In diesem Verfahren provozierte er noch das ausführliche Gutachten eines sachverständigen Mathematikers zum Beweise seiner Behauptung, daß die Volksfürsorge etwa 33% Proz. der Gelder der Versicherten zur Besoldung politischer Demagogen verwende. Doch damit fiel er glänzend herab. Obgleich das Gericht dem Sachverständigen die Frage vorlegte, ob die Volksfürsorge etwa 33% Proz. ihrer Prämien für Agentenzwecke verwende, erfolgte selbst darauf noch sorgfältiger

Analyse aller Verhältnisse der Volksfürsorge, die klare Antwort, daß die Richterische Behauptung nicht richtig sei, sondern „erheblich weniger“ ausgegeben werde.

So stand die Sache, als am 5. Februar 1916 das Landgericht Schweidnitz endlich zur Berufungsverhandlung zusammentrat. Dazu war Herr Richter im Schilde eines Ordens persönlich erschienen. Nach Feststellung des völlig negativen Ergebnisses des Sachverständigengutachtens legte der Richter dem Angeklagten in wohlwollender Weise nahe, es in Rücksicht auf die entstehenden höheren Kosten nicht auf ein Urteil ankommen zu lassen, sondern vorher die Berufung zurückzugeben. Sehr ungern, aber in der Voraussicht auf sichere Verurteilung, fügte sich Richter unter Uebernahme sämtlicher durch die Berufung entstandenen Kosten beider Parteien dem Zureden seines Anwalts und zog die Berufung zurück, indem er seinem Anwalt gegenüber wehmütig bedauerte, daß die politischen Verhältnisse der letzten 1½ Jahre sich so ungünstig für seine „nationale“ Sache entwickelt hätten.

Dieser Stoßseufzer zeigt, was Richter vor dem Prige von den Gerichten gehalten hat, er läßt aber auch hoffen, daß die Zeiten der reichsverbändlerischen Methoden auch im geschäftlichen Kampfe gegen die Volksfürsorge vorbei sind. Es bleibt sonach in diesem Streitfalle bei dem Urteil erster Instanz, wonach das Gericht für Recht erkannt hat:

Der Beklagte wird verurteilt, die Behauptung und Verbreitung folgender Tatsachen:

1. die Volksfürsorge verwende etwa 33% Prozent des Geldes der Versicherten, um politische Demagogen zu besolden,
 2. in sozialdemokratischen Blättern sei zu lesen gewesen, die Volksfürsorge stelle 45 000 Beamte ein, die sie besolden müsse,
 3. die Volksfürsorge habe für den Posten eines Generalagenten 30 000 M. ausgesetzt,
- zu unterlassen.

Einigkeit macht stark. Der Bund der Landwirte hielt vor kurzem in Kiel seine Versammlung für die Provinz Schleswig-Holstein ab. In einer Festschrift, die er zur Feier dieser Tagung herausgab, erschien auch folgende Anzeige:

Einigkeit macht stark!

Milchproduzenten-Verein
in Kiel und Umgegend.

1911:

Milchpreis 13 und 14 Pf. pro Liter.

1915:

Milchhöchstpreis 26 Pf. pro Liter.

Einigkeit macht stark!

Offenbar will der Kieler Milchproduzenten-Verein damit sagen, daß es ihm mit Hilfe seines einigen Vorgehens gelungen sei, den Milchpreis von 13 Pf. auf 26 Pf. pro Liter zu erhöhen. Wenn es nun auch nicht zutrifft, daß die Erhöhung des Milchpreises lediglich ein Erfolg seiner Einigkeit ist, da auch andere Ursachen hierbei mitsprechen, so darf er sich doch nicht rühmend, wenn die Verbraucher der Milch unter der Devise: „Einigkeit macht stark!“ für eine Herabsetzung des Milchpreises eintreten. Es kommt dann im wesentlichen nur darauf an, ob die Einigkeit der Milchproduzenten oder die der Milchkonsumenten stärker ist, denn auch hier wie überall wird die stärkste Organisation den Sieg davontragen.

Ist Mut Nervensache? Wer ist mutig? Dr. Alois Czepa beantwortet in der „Umschau“ diese Frage auf Grund seiner in diesem Kriege gemachten Erfahrungen mit dem Sage: Wer gute Nerven hat. — Dr. Czepa hat in unzähligen Fällen während seiner selbsttätigen Tätigkeit beobachtet, daß Soldaten und Offiziere, die zu Beginn des Krieges mit der größten Lobesverachtung die unerhörtesten Baantile vollbrachten, im tollsten Feuer Beobachtungen machten, Berechnungen vornahmen usw., nach längerer Teilnahme am Kriege nur noch mit Aufbietung ihrer ganzen Willenskraft ihre äußere Ruhe bewahrten. Sie sind „nerbös“ geworden; ihr Nervensystem reagiert in viel schärferer Art auf Angriffe von außen. Besonders stark tritt die Veränderung bei solchen Personen hervor, die infolge einer in ihrer Nähe platzenden Granate oder in einem besonders heftigen Trommelfeuer einen sogenannten Chol — man spricht ja direkt von „Granatenschol“ — erlitten haben. Die Betroffenen sind oft längere Zeit befummungslos; sie befinden sich dann im Zustande furchtbarer Aufregung, sind unfähig, zu sprechen, ihre Gedanken zusammenzunehmen, verlassen ihren Posten, verkrüppeln sich, bekommen Beinkrämpfe usw. Wer einen solchen Chol erlitten hat, wird, auch wenn er sich später erholt, selten seine alte Kaltblütigkeit wieder gewinnen. Er zittert vor der Gefahr und trotz ihr nur mit Aufbietung

seines ganzen Willens aus einem starken Wlchtbewußtsein heraus, während er ihr früher gewissermaßen lachend gegenüberstand.

Die Abwanderung schweizerischer Arbeiter. Die Zentralstelle schweizerischer Arbeitsämter berief in den letzten Tagen eine Konferenz nach Zürich ein. Hauptpunkt der Beratung war die Abwanderung schweizerischer Arbeiter ins Ausland. Der Vertreter des St. Gallener Arbeitsamtes beantragte, den Bundesrat aufzufordern, daß er geeignete Vorschriften zur Verhinderung der Abwanderung schweizerischer Arbeiter ins Ausland ausarbeiten möge.

Englische Schiffsfrachten. In der „Times“ vom 14. Januar klagt D. G. Wintney, Vorstandsmittglied des Instituts der Schiffsmakler, über die fortgesetzt steigenden Schiffsfrachten, da sie England und die Alliierten mit Unheil bedrohen. Um die Erhöhung der Schiffsfrachten zu beleuchten, gibt er folgende Ziffern an: Im Juli 1914 betrug die Fracht pro Tonne Getreide: von Argentinien nach England 12 M., jetzt 150 M.; Vereinigte Staaten nach England 10 M., jetzt 75 M.; Vereinigte Staaten nach Italien 15 M., jetzt 115 M. Im Juli 1914 betrug die Fracht pro Tonne Kohle von Cardiff nach Genua 7 M., jetzt 75 M., von New York nach Genua 12 M., jetzt 110 M.

Engegangene Druckschriften.

Der deutsch-österreichische Wirtschaftsband. Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung der verbündeten Zentralmächte wird auch in der Arbeiterpresse immer lebhafter diskutiert. Im bejahenden Sinne behandelt Hermann Kranold dieses aktuelle Thema in dem soeben erschienenen Heft 18 der 10-Pf.-Bibliothek „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“. Das Heft, das den Titel „Der deutsch-österreichische Wirtschaftsband als sozialdemokratische Aufgabe“ führt, bildet eine einbringliche Mahnung an alle Kreise, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung insbesondere die wirtschaftliche Annäherung beider Staaten zu fördern. Die flott und anregend geschriebene Schrift ist durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Internationaler Korrespondenz (A. Baumelster) Berlin-Karlshorst zu beziehen.

Adressenveränderungen.

Rürnberg-Fürth (Vorsitzender zum Militär).
Vorsitzender und Kassierer: Karl Kelling.
Innere Cramer-Platzstr. 1, Bureau und Arbeitsnachweis. Telephon: 5292.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Als weitere Opfer des Weltkrieges verloren wir im vergangenen Jahre unsere lieben Kollegen

Willy Dehne,
Richard Kneifel,
Richard Richter,
Ernst Schmidt
und
Paul Seiler.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
die Bahnhalle Dresden.

Am 4. Februar ist auf den Schlachtfeldern in Frankreich der Schieferkollege

Ludwig Pittmann

im Alter von 89 Jahren gefallen.

Sein reges Interesse an der Organisation, sowie seine langjährige Tätigkeit als Vertrauensmann bei der Firma S. Spier und zuletzt noch als Redaktor der Bahnhalle sichern ihm ein treues und ehrendes Gedenken.

Die Bahnhalle Nürnberg-Fürth.